

Kommentar

Regulierung
notwendig

Die Ausbreitung des Wolfes schreitet im Kanton Graubünden weiter voran. Das nächste Rudel dürfte sich aufgrund zweier weiblicher Tiere bald einmal im Raum Mittelbünden bilden. Mit der Vernetzung dieser Rudel wird die Verbreitung einen weiteren und heute wohl von vielen unterschätzten Schub erlangen – verbunden mit den entsprechenden Problemen und Kosten.

Eine Intensivierung der politischen Bestrebungen, den Wolfschutz zu lockern und eine frühzeitige Regulierung zuzulassen, ist angesichts der geschilderten Entwicklung und der jüngsten Fälle unumgänglich.

Die Schuld stets den Bauern in die Schuhe zu schieben, diese würden ihre Tiere zu wenig schützen, ist langfristig keine Lösung. In der Schweiz gibt es tausende kleiner bis mittelgrosser Schaf- und Ziegenbetriebe, für die der Aufwand für Herdenschutz und andere aufwändige Schutzmassnahmen bald einmal zu gross wird und ihren Job nach eigener Aussage irgendwann halt an den Nagel hängen. Ersatzzahlungen erhalten sie nämlich nur, wenn ebensolche Auflagen erfüllt werden. Nicht alle können und wollen sich das leisten.

Heute sorgen besagte Kleinbauern mit der Beweidung von Wiesen, Maiensässen und Alpen für eine ausgeglichene Hege und Pflege unserer Kulturlandschaft – einer unserer wichtigsten Trümpfe im Sommertourismus. Eine unregulierte Ausbreitung des Wolfs schadet nicht nur besagten Landwirten selber, sondern eben auch unserem Tourismus. Und zwar nicht nur in Bezug auf die Kulturlandschaft, sondern obendrein auch noch wegen den immer verbreiteteren Herdenschutzhunden, die Wanderer und Biker zu Umwegen oder besonderen Verhaltensregeln zwingen. Damit die derzeit noch breit vorhandene Akzeptanz für den Wolf nicht irgendwann kippt, sind nachhaltige Regulierungskonzepte zielführender als extremistische Kopfgelder von 10 000 Franken für widerrechtlich erlegte Tiere.

Marco Schnell

Mastrils

Wolf reisst vier Schafe

Letzte Woche hatte ein Wolf in der Surselva für Schlagzeilen gesorgt, nachdem dieser in einen Stall eingedrungen war und dort Schafe riss. Nur wenige Tage später kam es auch in Mastrils zu einem Zwischenfall: In einem Damwild-Gehege wurden vier Schafe getötet.

In der Nacht auf letzten Mittwoch kam es in Mastrils zu einem Übergriff von einem Wolf auf Schafe. Wie René Gadiant, Wildhüter der Region Fünf Dörfer, auf Anfrage bestätigte, sei das Tier in ein Damwild-Gehege eingedrungen, wo ein Teil-Sektor derzeit von Schafen beweidet wird. Vier Schafe wurden dabei getötet. Unklar sei, wie der Wolf den zwei Meter hohen und intakten Maschendrahtzaun habe über- oder unterquert können. Ein Augenschein entlang des Zauns habe jedenfalls keine Mängel erkennen lassen, stellte Gadiant fest.

In Mastrils waren bereits vor drei Jahren fünf Schafe dem Wolf zum Opfer gefallen (P&H berichtete). Ein weiterer Wolf sorgte letzte



Im Mastrilser Gebiet Armengut sind letzte Woche vier Schafe vom Wolf gerissen worden.
Foto: M. Schnell

Woche in der Surselva für Negativschlagzeilen, nachdem dieser in einen Stall eingedrungen war und dort Schafe tötete.

Härfere Massnahmen

Der Bündner Bauernverband hat indes härtere und konsequentere Sanktionen gegen den Wolf gefordert, wie es gestern in einer Me-

dienmitteilung hiess. Im Fall Trun habe der Wolf die tolerierbare Grenze klar überschritten. In solchen Fällen sei ein Abschuss unumgänglich. Bei der Bündner Regierung rennt der Bauernverband damit offene Türen ein. Auch sie ist der Ansicht, dass die aktuellen Gesetze nicht mehr mit der Realität übereinstimmen. (ms)

CVP Graubünden

Versagt der Herdenschutz?

Nach den jüngsten Vorfällen mit Wölfen im Kanton Graubünden wird die CVP Graubünden auch auf kantonaler Ebene aktiv. Auf nationaler Ebene setzen sich die Bündner CVP-Parlamentarier Ständerat Stefan Engler und Nationalrat Martin Candinas für eine Lockerung des Wolfschutzes ein.

Kürzlich ist in Trun ein Wolf in einen Stall eingedrungen. Dieser bislang einzigartige Vorfall belegt, dass die Gefahr von Grossraubtieren in der Schweiz generell unterschätzt wird. Gerade im Berggebiet führt das Zusammenleben von Grossraubtieren und Bevölkerung immer wieder zu Konflikten. Die CVP setzt sich im Rahmen der Revision des eidgenössischen Jagdgesetzes auf nationaler Ebene für eine Lockerung des Schutzes von Grossraubtieren insbesondere auch für Problemwölfe ein. Bereits

im Jahr 2014 hat CVP-Ständerat und Parteipräsident Stefan Engler eine Motion zum «Zusammenleben von Wolf und Bergbevölkerung» eingereicht. Mit der Motion verlangte der Bündner Ständerat, dass der Bundesrat beauftragt werde, einen Entwurf für die Anpassung des Jagdgesetzes zum Zwecke der Bestandesregulierung bei Wolfspopulationen vorzulegen. «Wo in einer Region künftig Wolfsrudel – die Wölfe haben bekanntlich eine hohe Reproduktion – umherstreifen und trotz zumutbarem Herdenschutz Schäden an Nutztieren anrichten, die gute Verteilung des Wildbestandes, die öffentliche Sicherheit oder die touristische Nutzung gefährdet sind, müssen Wolfsabschüsse möglich sein», so Ständerat Stefan Engler. Die Botschaft des Bundesrates zur Umsetzung der Motion Engler wird in den nächsten Wochen erwartet. Auch die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die

Berggebiete, deren Vizepräsident CVP-Nationalrat Martin Candinas ist, setzt sich für eine Lockerung des Wolfschutzes ein. Dazu braucht es allerdings Lösungen, für die politische Mehrheiten, über die Grenzen der betroffenen (Berg-)Kantone hinaus, gefunden werden müssen.

Im Kanton Graubünden will die CVP mit einem parlamentarischen Vorstoss die Wirksamkeit von Herdenschutzmassnahmen hinterfragen. Deren Realisierbarkeit und Zumutbarkeit setzen dem Wolfsschutz Grenzen. Wölfe, die in Ställe eindringen, geschützte Herden angreifen oder durch Siedlungen wandern, verunsichern die Bevölkerung zusehends und lassen die Akzeptanz schwinden. Die CVP ist sehr bestrebt, Lösungen zu suchen, um Schäden durch Grossraubtiere an Nutztieren und Wildtieren zu vermeiden und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. (pd)